

II-423 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

17.7.1964

167/J

A n f r a g e

der Abgeordneten C z e r n e t z , S t ü r g k h , Dr. K o s und
Genossen

an den Bundeskanzler,

betreffend die Empfehlung des Europarates zur Sicherheit im Straßenverkehr.

-.-.-

Die Konsultativversammlung des Europarates hat am 21. September 1962 dem Ministerkomitee empfohlen, den Regierungen der Mitgliedsstaaten des Europarates folgende Vorschläge im Zusammenhang mit der Sicherheit im Straßenverkehr zu machen:

- a) Alle Anstrengungen zu unternehmen, um zu gewährleisten, daß die vom Komitee für Wissenschaftliche Forschung der OECD vorgeschlagene internationale Organisation für Zusammenarbeit in der Forschung auf dem Gebiete der Sicherheit im Straßenverkehr im Road Research Laboratory des Vereinigten Königreiches in Crowthorne eingerichtet wird;
- b) dem Ausbau der Schulung in Verkehrstechnik durch die Errichtung von Instituten für Verkehrstechnik an den verschiedenen europäischen Universitäten mehr Augenmerk zuzuwenden, wobei in jedem Mitgliedsstaat mindestens ein Institut geschaffen werden soll;
- c) bei Verbesserung der Straßen das Augenmerk in erster Linie auf die sogenannten "Black spots" (Verkehrsfallen) zu konzentrieren, bei denen eine abnorm hohe Zahl von Unfällen verzeichnet wird, und diesbezügliche Maßnahmen auf nationaler Ebene unter Mitwirkung der Bezirksbehörden und Gemeinden sowie der Polizei durchzuführen, da die zur Beseitigung dieser Gefahrenstellen erforderlichen Straßenarbeiten relativ wenig kosten;
- d) den Kraftfahrzeugherstellern die Anbringung von Vorrichtungen zur Befestigung von Sicherheitsgürteln in allen neuen Wagen zwingend vorzuschreiben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachfolgenden

A n f r a g e n :

- 1) Hat die Bundesregierung bereits Schritte im Sinne dieser Empfehlung unternommen?
- 2) Welche Möglichkeit sehen Sie, in Zukunft im Sinne dieser Empfehlung zu handeln?

-.-.-